



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

DIE DEUTSCH-POLNISCHE GRENZREGION

- ANALYSE
Grenznahe Kooperation zwischen Deutschland und Polen
Von Markus Mildenerger, Potsdam 2
- TABELLEN UND GRAFIKEN
Statistische Daten zur Grenzregion 6

- CHRONIK
Vom 20. März bis zum 02. April 2007 9

Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Grenznahe Kooperation zwischen Deutschland und Polen

Von Markus Mildener, Potsdam

Zusammenfassung

Die grenznahe Kooperation zwischen Deutschland und Polen findet unter erschwerten historischen und sozio-ökonomischen Bedingungen statt. Erst der EU-Beitritt Polens hat die Möglichkeit einer langfristigen, ausgeglichenen Entwicklung auf Augenhöhe ermöglicht. Misstöne auf zwischenstaatlicher Ebene sorgen zwar auch in der Grenzregion für Verunsicherung, insgesamt hat sich jedoch ein grenzüberschreitendes Vertrauensverhältnis herausgebildet, das sich stabilisierend auf die deutsch-polnischen Beziehungen auswirkt. Erschwert wird die Zusammenarbeit in der Praxis durch die unterschiedlichen Kompetenzen der Akteure vor Ort in der föderalen Struktur Deutschlands einerseits und dem polnischen Zentralismus andererseits. Am Beispiel des Landes Brandenburg wird der Handlungsspielraum auf regionaler Ebene verdeutlicht. Drei Jahre nach dem EU-Beitritt Polens lässt sich mit Blick auf die grenznahe Zusammenarbeit eine durchaus positive Bilanz ziehen, auch wenn die schwerwiegenden wirtschaftlichen und demographischen Probleme auf beiden Seiten noch auf längere Sicht fortbestehen werden.

Grenznahe Kooperation zwischen Deutschland und Polen findet auf den verschiedensten Ebenen statt. Am wichtigsten ist die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit. Das sind die unmittelbaren Kontakte der Bürger in Vereinen, Initiativen oder bei spontanen Begegnungen, die sich jeder Steuerung oder auch nur Bezifferung entziehen. Schon eher erfassbar ist die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und auf Kreisebene, die in der engeren Grenzregion vor allem unter dem Dach der Euroregionen abläuft. Darüber hinaus gibt es eine rege regionale Zusammenarbeit zwischen den deutschen Ländern und den angrenzenden polnischen Woiwodschaften, wobei hier der Begriff „grenznah“ weiter gefasst werden muss und über den unmittelbaren Grenzstreifen hinausreicht. Die nationalen Regierungen Deutschlands und Polens wiederum definieren zu einem großen Teil die rechtlichen Rahmenbedingungen der grenznahen Kooperation. Über die Bereitstellung finanzieller Mittel sowie die Schaffung spezifischer Rechtsinstrumente gewinnt zunehmend auch die Europäische Union an Bedeutung. Die nachfolgende Analyse wird die zivilgesellschaftliche und die europäische Dimension nur am Rande streifen können. Untersucht werden sollen vielmehr die besonderen Charakteristika der deutsch-polnischen Grenzregion als maßgebliche Rahmenbedingungen für grenznahe Kooperation sowie die Einflussmöglichkeiten regionaler und nationaler Politik.

Besonderheiten der deutsch-polnischen Grenzregion

Als am 17. Juni 1991 im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag das Ziel einer „partnerschaftlichen Zusammenarbeit (...) insbesondere im grenz-

nahen Bereich“ formuliert wurde, hatte dies noch durchaus visionären Charakter, konnte davon doch allenfalls in ersten Ansätzen die Rede sein. Die deutsch-polnische Grenze unterschied (und unterscheidet) sich deutlich von den anderen deutschen Grenzen: Erst wenige Monate zuvor war sie im deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag vom 11. November 1990 vom vereinigten Deutschland endgültig als westliche Grenze Polens anerkannt worden. Die begleitenden Debatten in Deutschland wie in Polen zeigten, dass es sich dabei zu diesem Zeitpunkt um mehr als nur einen formellen Akt handelte. Für jede weitere deutsch-polnische Zusammenarbeit, aber insbesondere für die im grenznahen Raum, war der Vertrag eine *conditio sine qua non*.

Der polnische Publizist Adam Krzemiński beschrieb die Besonderheit der deutsch-polnischen Grenze folgendermaßen: „Eine völlig künstliche Grenze. Sie zerschneidet Regionen, die Jahrhunderte lang zusammengehörten“. Eine *Grenzregion* ist das Gebiet um Oder und Neiße erst seit 1945, Erfahrungen im Leben an einer Grenze fehlten den Menschen auf beiden Seiten. Genau hier liegt der wesentliche Unterschied zu gewachsenen Grenzregionen, wie z.B. der deutsch-belgischen: Während dort zwar die politische Grenze mehrmals verschoben wurde, die Menschen jedoch an ihrem angestammten Platz blieben, wurden an Oder und Neiße mit der Grenze auch die Menschen verschoben: Westlich der Oder leben nun z.B. viele Vertriebene aus der ehemaligen Neumark, welches als „Ziemia Lubuska“ (Lebuser Land) mit polnischen Vertriebenen aus dem Osten und Neuansiedlern aus Zentralpolen völlig neu besiedelt wurde. Die deutsche und polnische Bevölkerung

an Oder und Neiße war sich also völlig fremd und kam sich auch in den folgenden Jahrzehnten bis Anfang der 1990er Jahre kaum näher. Als nachhaltiger erwiesen sich antideutsche bzw. antipolnische Ressentiments, die von den Staatsführungen in Warschau und Ost-Berlin zur innenpolitischen Stabilisierung geschürt wurden.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Polen und dem Ende der DDR entstanden neue Asymmetrien, die eine Entwicklung „auf Augenhöhe“ zunächst erschwerten: Während Ostdeutschland als Teil der Bundesrepublik Deutschland und quasi über Nacht auch der damaligen Europäischen Gemeinschaft auf umfangreiche finanzielle Unterstützung bauen konnte, blieb die polnische Seite der Grenzregion für lange Jahre weitgehend auf sich selbst gestellt. Unter den Bedingungen einer EU-Außengrenze verschärfte sich das, bereits vor 1989 teilweise vorhandene, Gefälle im Lebensstandard der Bürger wie auch im Ausbau der Infrastruktur noch einmal deutlich. Im Prinzip hat erst der Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahre 2004 eine „Augenhöhe“ hergestellt und damit die Möglichkeit eröffnet, dass sich dieses Gefälle allmählich ausgleicht und sich so eine gemeinsame Grenzregion entwickeln kann.

Allerdings bedarf es dazu eines langen Atems. Zwei jüngere Studien des Hamburger Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA) zu den Entwicklungsperspektiven des erweiterten deutsch-polnischen Grenzraums bis 2020 im Zuge des polnischen EU-Beitritts (HWWA Report 262 und 263) zeichnen ein eher nüchternes Bild der derzeitigen sozio-ökonomischen Situation der Grenzregion: eine zu geringe Unternehmensdichte, eine schwache Exportbasis, mangelnde Kapital- und Technologieausstattung und Direktinvestitionen, die fast ausschließlich in die städtischen Metropolen Berlin, Posen und Breslau fließen, den grenznahen Raum jedoch aussparen. Zudem ist die Grenzregion von starken Abwanderungsbewegungen in die städtischen Zentren geprägt und von einer sich rapide verschärfenden demographischen Situation. Inzwischen liegt die Geburtenrate in Polen sogar noch unter der Deutschlands, was schon jetzt vor allem in den ländlichen Regionen spürbar ist. Die Studien sehen jedoch auch Chancen im Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, in Investitionen in Forschung und Bildung sowie in den Kultur- und Naturtourismus. Angesichts der Probleme, die sich deutlich zum Beispiel von der Situation in der deutsch-französischen Grenzregion unterscheiden, ist ersichtlich, dass es keine schnellen Lösungen geben kann. Die Kooperation allein im grenznahen Bereich wird dazu nicht ausreichen. Statt dessen müssen die Weichen von der deutschen und polnischen Politik gestellt werden.

Grenznahe Zusammenarbeit als Baustein der deutsch-polnischen Beziehungen

In Zeiten eher angespannter politischer Beziehungen auf zwischenstaatlicher Ebene kommt der Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene entlang der deutsch-polnischen Grenze eine besondere Bedeutung zu. Und obwohl man sagen kann, dass diese ungleich stabiler ist, bleibt auch die grenznahe Zusammenarbeit von den Debatten der Hauptstädte nicht ganz unberührt. Die Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen, umstrittene Äußerungen der BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach sowie die Aktivitäten der Preußischen Treuhand sorgen selbstverständlich auch in der Grenzregion für Verunsicherung. Allerdings geht man hier deutlich nüchterner damit um als im fernen Warschau, was Ausdruck eines gewachsenen Vertrauensverhältnisses im Umgang mit der deutschen Seite ist. Als Beispiel lässt sich die Stadt Gorzów (Landsberg a.d. Warthe) anführen, die im vergangenen Jahr in ihr 750. Stadtjubiläum ganz bewusst auch die ehemaligen deutschen Bewohner einbezogen hat und damit an langjährige enge Kontakte anknüpfte. Störungen dieses Verhältnisses kommen zumeist auch eher von außen. Während des Selbstverwaltungswahlkampfes im Herbst 2006 versuchte die ultrarechte, in den Grenzwoiwodschaften eher bedeutungslose, Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR), antideutsche Ängste zu mobilisieren. Aufhänger und Angriffspunkt war ein loses Kooperationsnetzwerk der ostdeutschen Länder und westpolnischen Woiwodschaften unter der Bezeichnung „Oderregion“ (heute: „Oder-Partnerschaft“). Auf Plakaten in allen größeren westpolnischen Städten warnte die LPR: „Berlin – Hauptstadt der Euroregion Oder? Nicht für unser Geld!“ – versehen mit einer preußischen Pickelhaube. Das desaströse Wahlergebnis, das die LPR in den betreffenden Woiwodschaften einfuhr, zeigte jedoch, dass derartige antideutsche Töne in der Grenzregion kein Gehör mehr finden. Meinungsumfragen kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Einer Studie von 2006 („Gemeinsam in der Union. Die Deutschen in den Augen der Polen 2000–2005“, Instytut Spraw Publicznych, Warschau) zufolge, werden die deutsch-polnischen Beziehungen von 77 % der Polen als gut bewertet. Nur 21 % der Befragten empfinden die Beziehungen als negativ (vgl. 1990: 88%). 72% der Polen äußerten gegenüber der Politik ihres Landes die Erwartung, in der Kooperation mit Deutschland stärker auf Zusammenarbeit und Kompromissfindung zu setzen. Wenig deutet darauf hin, dass sich dieses positive Bild – trotz diverser Missetöne zwischen Warschau und Berlin – grundlegend verändert haben könnte. Im Gegenteil kann man

davon ausgehen, dass die ständig zunehmende Zahl grenzüberschreitender Kontakte auch zu einer weiteren Verbesserung der gegenseitigen Wahrnehmung führt. Insofern kommt der grenznahen Kooperation gerade in Zeiten nicht immer einfacher Beziehungen auf nationaler Ebene eine besondere Bedeutung zu.

Administrative Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Kooperation

Die Grundlagen der grenznahen Kooperation zwischen Deutschland und Polen wurden im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 festgelegt. Dort heißt es in Artikel 12:

(1) Die Vertragsparteien messen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten, Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften, insbesondere im grenznahen Bereich, hohe Bedeutung bei.

Zugleich wurden auch die Instrumente zur Förderung dieser Zusammenarbeit definiert:

(2) Die Vertragsparteien werden diese Zusammenarbeit, insbesondere die Tätigkeit der Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, auf allen Gebieten erleichtern und fördern.

Außerdem wird die grenznahe Kooperation in einen europäischen Kontext gestellt:

(3) Die Vertragsparteien lassen sich in der regionalen und grenznahen Zusammenarbeit insbesondere von den entsprechenden Konventionen des Europarates leiten. Sie streben die Einbeziehung dieser Zusammenarbeit in die Tätigkeit der entsprechenden europäischen Gremien an.

Das hier postulierte Zusammenspiel der verschiedenen Verwaltungsebenen wird jedoch durch die nicht deckungsgleichen Kompetenzen der beteiligten Akteure auf deutscher und polnischer Seite erschwert. Während in der föderal strukturierten Bundesrepublik die Zuständigkeit für die Außenpolitik zwar bei der Bundesregierung liegt, die Länder und Kommunen ansonsten jedoch in ihren Kooperationen mit Partnern im Ausland weitgehend frei agieren können, ist Polen trotz der Einführung einer kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsebene mit den Verwaltungsreformen von 1990 und 1999 ein zentralistisch regierter Staat (ähnliche Kompetenzunterschiede spielen auch in der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine gewichtige Rolle). In allen sechzehn Woiwodschaften (in etwa den deutschen Ländern entsprechend, jedoch mit weitaus weniger Kompetenzen) steht dem Vertreter der frei gewählten regionalen Selbstverwaltung, dem Marschall, der Woiwode als Vertreter der Zentralregierung

gegenüber. Je nach politischer Großwetterlage ist Warschau bemüht, das politische Gewicht innerhalb dieser Doppelspitze zugunsten der Woiwoden zu verschieben. Diese Tendenz hat sich unter der gegenwärtigen polnischen Regierung eher noch verstärkt, insbesondere nachdem in den Selbstverwaltungswahlen von November 2006 in fast allen Woiwodschaften die Oppositionsparteien die Mehrheit erlangt haben. Dies trifft insbesondere auch für die Woiwodschaften in der deutsch-polnischen Grenzregion zu, in denen alle Marschälle der in Warschau oppositionellen Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) angehören. Um Missverständnisse mit der Zentrale zu vermeiden und zugleich ihren engen Spielraum in der Kooperation mit deutschen Partnern zu nutzen, sind die polnischen Kommunen und Woiwodschaften deshalb darauf angewiesen, die Interessen Warschaws stets zu berücksichtigen. Allzu selbstbewusstes Agieren der Akteure in der Grenzregion – so z.B. im Fall der oben bereits erwähnten „Oder-Partnerschaft“ zwischen westlichen Woiwodschaften und östlichen Bundesländern wird in Warschau zurückhaltend bis offen ablehnend („Angriff auf die Souveränität des polnischen Staates“) aufgenommen. Derartige Vorbehalte können oftmals nur durch viel Fingerspitzengefühl und rechtzeitige Information ausgeräumt werden.

Handlungsspielraum auf regionaler Ebene am Beispiel des Landes Brandenburg

Im Kontext der derzeitigen deutsch-polnischen Beziehungen kann die Bedeutung der kommunalen und regionalen Zusammenarbeit entlang der Grenze nicht hoch genug eingeschätzt werden. Hier hat sich in den nur wenigen Jahren seit 1989 ein dichtes Netz von Partnerschaften gebildet, welches sich ungeachtet der politischen Großwetterlage beständig weiterentwickelt. Dass dies so kommen konnte, ist in erster Linie auf das Engagement der Bürger beiderseits der Grenze zurückzuführen, welche die Chancen der offenen Grenzen nutzen wollten. Es hängt aber auch damit zusammen, dass frühzeitig die richtigen politischen Weichen gestellt wurden. Dies soll hier exemplarisch am Land Brandenburg erläutert werden.

Das Land Brandenburg hat mit rund 250 Kilometern die längste Grenze eines deutschen Bundeslandes zu Polen. In der Aufnahme der Zusammenarbeit mit dem polnischen Nachbarn als Verfassungsziel (Art. 2 (1) der Landesverfassung) manifestiert sich das besondere Interesse, die entwicklungshemmende Lage an der Peripherie einer EU-Außengrenze (bis 2004) zu überwinden. Hauptpartner in der Zusammenarbeit sind die unmittelbar an die Oder angrenzenden Woiwodschaften Lebus Land /

Lubuskie, Westpommern / Zachodniopomorskie und Niederschlesien / Dolnośląskie sowie die Woiwodschaft Großpolen / Wielkopolskie, deren Hauptstadt Posen, auf halbem Weg zwischen Berlin und Warschau gelegen, ein wichtiges Bindeglied in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit ist. Gemeinsam mit den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sowie den westpolnischen Woiwodschaften unternimmt Brandenburg erste Schritte in Richtung der Entwicklung einer „Oder-Partnerschaft“, verstanden als eine Informations- und Gesprächsplattform. Ziel ist eine engere wirtschaftliche und infrastrukturelle Kooperation der Oder-Anrainerregionen über konkrete Vereinbarungen und Projekte, jedoch unter Verzicht auf neue administrative Strukturen.

Der oben bereits erwähnte deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag von 1991 hat auch ein wichtiges Instrument der interregionalen Zusammenarbeit ins Leben gerufen, und zwar die Deutsch-Polnische Regierungskommission für grenznahe und interregionale Zusammenarbeit, in der alle deutschen Länder und polnischen Woiwodschaften ihre Interessen gegenüber den Staatsregierungen zu Gehör bringen können. Gemeinsam mit der Woiwodschaft Westpommern hat Brandenburg den Vorsitz im Ausschuss für grenznahe Zusammenarbeit inne. Der Ausschuss erarbeitet Empfehlungen für grenzbezogene Fragestellungen, die an die Regierung in Berlin und Warschau herangetragen werden. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen des Ausbaus der grenzüberschreitenden Infrastruktur, aber auch Fragen der Wirtschaftsförderung oder notwendiger Abkommen zur Klärung von Einzelfragen (z.B. des Rettungswesens).

Einen wichtigen Platz in der Zusammenarbeit nehmen die Anfang der 1990er Jahre gebildeten Euroregionen, grenzüberschreitende Zusammenschlüsse von Kommunen und Landkreisen, ein. Entlang der deutsch-polnischen Grenze gibt es vier Euroregionen, von Nord nach Süd: „Pomerania“ (Geschäftsstellen in Löcknitz und Stettin), „Pro Europa Viadrina“ (Geschäftsstellen in Frankfurt (Oder) und Landsberg/Gorzów), „Spree-Neiße-Bober“ (Geschäftsstellen in Guben und Gubin) sowie die trilaterale Euroregion Nisse-Nisa-Nysa (mit Geschäftsstellen in Zittau, Reichenberg/Liberec und Hirschberg/Jelenia Góra). Die Euroregionen sind in der unmittelbaren Grenzregion der wichtigste Faktor grenzüberschreitender Kooperation.

Zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden maßgeblich EU-Mittel aus der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA (künftig Ziel 3 Europäische Territoriale Zusammenarbeit der Strukturfondsförderung) eingesetzt. Deutsche

und Polen verwalten die drei deutsch-polnischen Programme jeweils gemeinsam. In der kommenden Förderperiode 2007–2013 werden allein für Projekte mit grenzüberschreitendem Charakter zwischen Brandenburg und seinen angrenzenden Partnerwoiwodschaften insgesamt 257 Mio. EUR Fördermittel zur Verfügung stehen.

Ein Hauptproblem der deutsch-polnischen grenznahen Kooperation liegt allerdings im immer noch unzureichenden Zustand der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur: Gab es vor dem Zweiten Weltkrieg mehr als 100 Brücken über Oder und Neiße, sind es heute weniger als 20. An bestimmten Stellen sind die Grenzübergänge dem stetig mehr werdenden Verkehr kaum noch gewachsen. Trotz Wegfalls der Zollkontrollen seit dem polnischen EU-Beitritt bestimmen insbesondere an der Ost-West-Hauptverkehrsachse von Berlin über Frankfurt (Oder) Richtung Warschau immer noch kilometerlange LKW-Staus an der Grenze das Bild. Vermutlich wird erst die Anwendung von Schengen – also der Wegfall der Personenkontrollen, der zum 1.1. 2008 geplant ist – hier zu einer deutlichen Verbesserung führen. Insgesamt müssen aber noch bedeutende Investitionen getätigt werden. In der wichtigen polnischen Autobahnverbindung von der Grenze Richtung Posen/Warschau klafft immer noch eine große Lücke, so dass sich das Gros des stetig wachsenden Ost-West-Schwerlastverkehrs auch in den nächsten Jahren auf Landstraßen wird fortbewegen müssen. Unzureichend sind auch noch die Bahnverbindungen. Für die rund 300 Kilometer zwischen Berlin und Breslau zum Beispiel werden immer noch fast sechs Stunden benötigt. Die Defizite sind jedoch nur langfristig behebbar, da Investitionen in die grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur aufgrund der Flussgrenze nur unter großem finanziellen und zeitlichen Aufwand zu realisieren sind.

Ausblick

Drei Jahre nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union lässt sich aus Sicht der deutsch-polnischen grenznahen Zusammenarbeit eine positive Bilanz ziehen. Die deutschen Ängste im Vorfeld der EU-Erweiterung, die insbesondere auch in der Grenzregion geäußert wurden, haben sich nicht bestätigt: Die grenzüberschreitende Kriminalität hat nicht zugenommen, sondern ist aufgrund der engen Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Sicherheitsbehörden sogar rückläufig. Der Druck auf den Arbeitsmarkt hat sich nicht verstärkt. Zwar ist – trotz der vereinbarten Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit – insgesamt eine Zuwanderung polnischer Arbeitskräfte nach Deutschland zu verzeichnen

(aufgrund einer anderen Genehmigungspraxis), doch lagen deren Zielregionen in den wirtschaftsstarken Regionen Deutschlands, nicht in der strukturschwachen ostdeutschen Grenzregion. Im Gegenteil sind zunehmend Klagen bestimmter Branchen zu vernehmen, die händeringend nach qualifizierten Mitarbeitern aus Polen suchen. Das Handwerk kooperiert erfolgreich grenzüberschreitend. Allein im Dienstleistungsbereich hat sich die Konkurrenz verstärkt, was jedoch keineswegs nur in eine Richtung geschieht. Auch die polnischen Ängste im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Europäischen Union haben sich nicht bewahrt. Weder ist es zu einem massenhaften Verkauf von Land an westliche Geschäftsleute und deutsche Vertriebene gekommen noch ist die polnische Landwirtschaft unter dem Konkurrenzdruck westlicher Billigimporte kollabiert. Im Gegenteil gehören gerade

Polens Landwirte zu den großen Profiteuren der EU-Mitgliedschaft. Die grenznahen Woiwodschaften zählen zu den Regionen Polens, die am besten mit der Absorption von EU-Mitteln zurechtkommen. Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft des Landes erreicht inzwischen Rekordwerte – deutlich über den Werten vor dem EU-Beitritt.

Trotz einer insgesamt positiven Stimmung besteht natürlich keine Anlass zur Schönfärberei. Die deutsch-polnische Grenzregion bleibt vermutlich noch auf lange Zeit eine strukturschwache Region mit einer geringen Wirtschaftskraft und verschärften demographischen Problemen beiderseits der Grenze. Allerdings setzt sich auf beiden Seiten auch zunehmend die Erkenntnis durch, dass man keine Probleme miteinander, sondern allenfalls gemeinsame Probleme hat.

Über den Autor

Markus Mildenerger, geb. 1968, Referent für Polen, die Staaten Süd- und Mitteleuropas, Euroregionen und Nichtregierungsorganisationen in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Tabellen und Grafiken

Statistische Daten zur Grenzregion

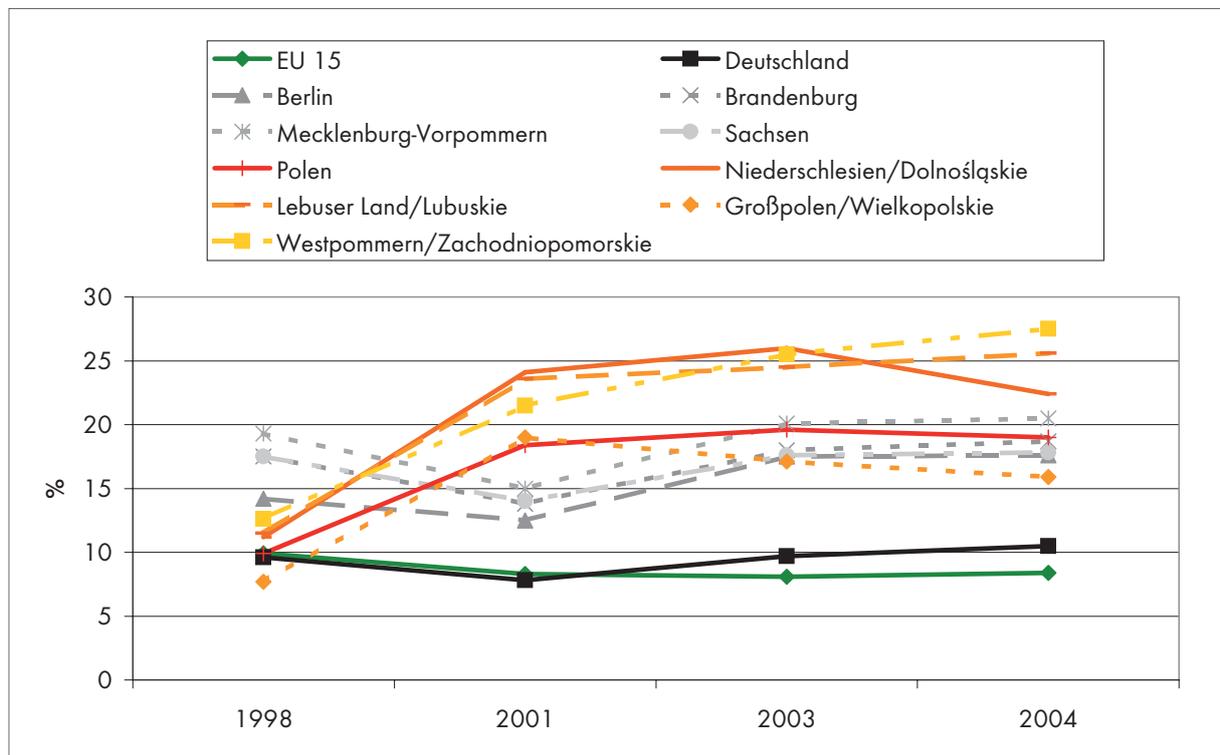
Bevölkerungsdichte 2002 und Bevölkerungswachstum, 1995–2002

Region	Bevölkerung 2002 in Tsd.	Bevölkerungsdichte 2002, Einwohner je km ²	Bevölkerungswachstum 1995–2002, in %
Deutschland	82.537,0	231	1,1
Bundesländer im Grenzraum	12.068,1	168	- 2,8
Berlin	3.392,0	3.811	- 2,3
Mecklenburg-Vorpommern	1.744,6	75	- 4,6
Brandenburg	2.582,4	87	1,7
Sachsen	4.349,1	236	- 4,9
Erweiterter Grenzraum	8.805,8	168	- 0,6
Engerer Grenzraum	2.185,6	99	- 4,2
Polen	38.230,1	119	- 0,9
Woiwodschaften im Grenzraum	9.089,3	105	0,4
Niederschlesien/Dolnośląskie	2.977,6	149	- 0,4
Lebuser Land/Lubuskie	1.023,5	73	0,9
Großpolen/Wielkopolskie	3.355,3	112	0,7
Westpommern/Zachodniopomorskie	1.732,8	76	0,7
Erweiterter Grenzraum	6.195,5	119	0,2
Engerer Grenzraum	1.400,9	97	0,5
Erweiterter deutsch-polnischer Grenzraum gesamt	15.001,3	144	- 0,3
Engerer deutsch-polnischer Grenzraum gesamt	3.586,5	98	- 2,4

Arbeitslosenquoten im deutsch-polnischen Grenzraum, 1998, 2001 und 2003

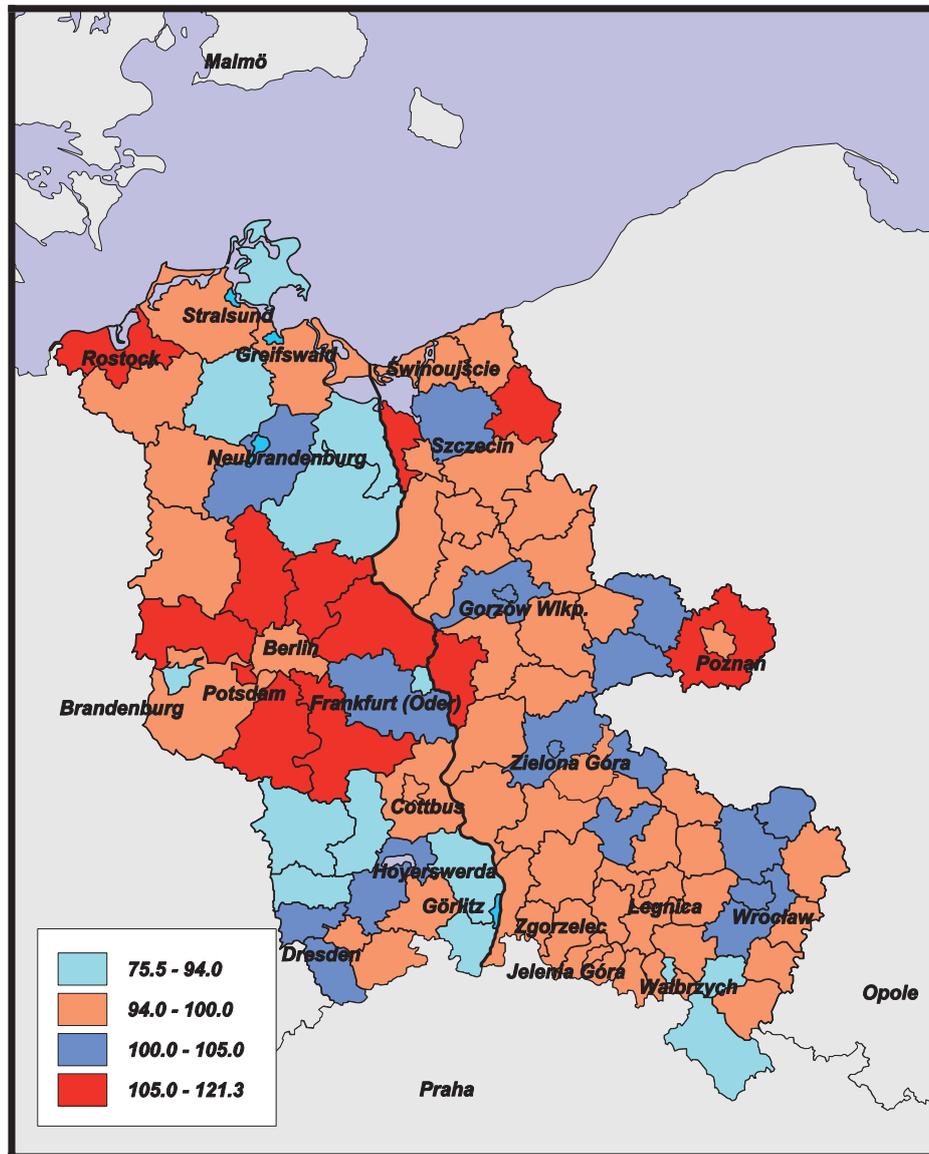
Region	Arbeitslosenquote			
	1998	2001	2003	2004
EU 15	9,9	8,3	8,1	8,4
Deutschland	9,6	7,8	9,7	10,5
Berlin	14,2	12,5	17,5	17,6
Brandenburg	17,5	13,8	18,0	18,7
Mecklenburg-Vorpommern	19,3	15,0	20,1	20,5
Sachsen	17,5	14,0	17,6	17,8
Polen	9,9	18,4	19,6	19,0
Niederschlesien/Dolnośląskie	11,2	24,1	26,0	22,4
Lebuser Land/Lubuskie	11,5	23,6	24,5	25,6
Großpolen/Wielkopolskie	7,7	19,0	17,1	15,9
Westpommern/ Zachodniopomorskie	12,6	21,5	25,5	27,5

Arbeitslosenquoten im deutsch-polnischen Grenzraum, 1998, 2001 und 2003



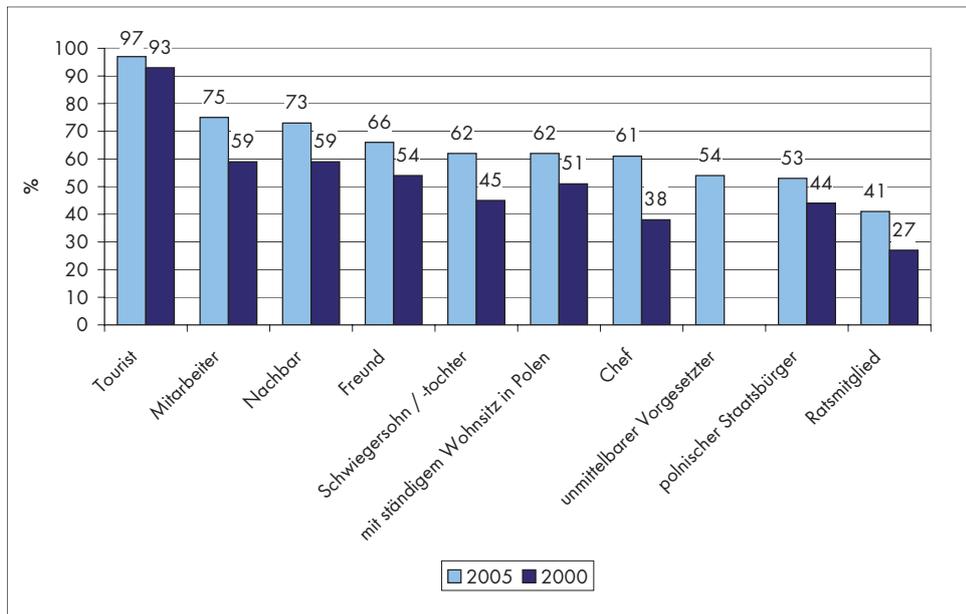
Quelle für diese Daten und die Daten auf der vorherigen Seite: *Analysen und Entwicklungstrends für den deutsch-polnischen Grenzraum*. Konrad Lammers, Annetrin Niebuhr, Andreas Polkowski, Silvia Stiller, Anna Hildebrandt, Marcin Nowicki, Przemysław Susmarsi, Maciej Tarkowski. *Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv 2006 (HWWA-Report 263)*, S. 23 und S. 32.
<http://www.hwwa.de/Forschung/Publicationen/Report/2006/Report263.pdf>
<http://www.hwwi.org> (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut)

Bevölkerungsentwicklung im grenznahen Raum, 1995–2002, 1995 = 100



Quelle: Analysen und Entwicklungstrends für den deutsch-polnischen Grenzraum. Konrad Lammers, Annetrin Niebuhr, Andreas Polkowski, Silvia Stiller, Anna Hildebrandt, Marcin Nowicki, Przemysław Susmarski, Maciej Tarkowski. Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv 2006 (HWWA-Report 263), S. 26.
<http://www.hwwa.de/Forschung/Publikationen/Report/2006/Report263.pdf>
<http://www.hwwi.org> (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut)

Die Akzeptanz der Deutschen in unterschiedlichen Rollen des täglichen, familiären, gesellschaftlichen und politischen Lebens 2000, 2005 (in %)



Quelle: Mateusz Falkowski: *Razem w Unii. Niemcy w oczach Polaków 2000–2005*. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2006. [Gemeinsam in der Union. Die Deutschen in den Augen der Polen 2000 – 2005. Instytut für Öffentliche Angelegenheiten, Warszawa 2006], <http://www.isp.org.pl/files/4250689630858192001144158676.pdf>

Chronik

Vom 20. März bis zum 02. April 2007

20.03.2007	Als Erfolg bewertet Staatspräsident Lech Kaczyński 50 Jahre europäische Integration während eines Treffens mit den in Polen akkreditierten Botschaftern der Länder der Europäischen Union. Er rechne damit, dass sich die EU weiterentwickelt und neue Mitgliedsstaaten aufnehmen wird.
20.03.2007	Der Vorsitzende des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres im Europäischen Parlament, Jean-Marie Cavada, kündigt eine Expertise zu den Menschenrechten im Zusammenhang mit der Respektierung der Rechte Homosexueller in Polen an. Hintergrund sind Äußerungen des stellv. Bildungsministers Mirosław Orzechowski (Liga der Polnischen Familien, Liga Polskich Rodzin – LPR), dass Lehrer, die Homosexualität propagierten, aus dem Schuldienst entlassen werden sollen. Homosexualität allein solle aber kein Entlassungsgrund sein.
21.03.2007	Auf Initiative der Tageszeitung „Fakt“ kommen Ministerpräsident Jarosław Kaczyński und der Parteiführer der oppositionellen Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Donald Tusk, zu einem Gespräch zusammen. Themen sind u.a. der amerikanische Raketenabwehrschild, der in Polen installiert werden soll, und der Verfassungsvertrag der Europäischen Union. Tusk unterstreicht die Bedeutung von Gesprächen zwischen der Regierung und der Opposition über die Position Polens in der Welt. Im Vorfeld des Treffens gab es Spekulationen, ob vorzeitige Parlamentswahlen Thema sein könnten. Kaczyński betont, dass es sich bei dem Treffen nicht um politische Verhandlungen handele.
21.03.2007	Der stellv. US-Außenminister Daniel Fried teilt in Warschau mit, der geplante amerikanische Raketenschutzschild in Europa sei nicht nur für die USA eine Sicherheitsgarantie, sondern auch für alle europäischen NATO-Staaten.
21.03.2007	Die Europäische Kommission gibt bekannt, noch am selben Tag den Fall des Baus einer Umgehungsstraße um Augustów (Nordostpolen), die durch das Naturschutzgebiet Rospuda-Tal führen soll, an den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg weiterzuleiten.
21.03.2007	Der Senat der Universität Warschau (UW) spricht sich gegen die Anwendung des am 15.03. 2007 in Kraft getretenen Lustrationsgesetzes aus. Das Gesetz müsse novelliert werde. Der stellv. Ministerpräsident Ludwik Dorn ist zu Gesprächen über dieses Thema mit dem Senat der UW bereit.
22.03.2007	Staatspräsident Lech Kaczyński widerspricht Meldungen der Zeitschrift „Newsweek“, dass Außenministerin Anna Fotyga ihren Posten aufgeben werde und Leiterin der Präsidialkanzlei werden solle.

22.03.2007	Nach Einschätzung des Parteiführers der oppositionellen Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Wojciech Olejniczak, sind die von den Medien verbreiteten negativen Urteile des ehemaligen Sejmmarschalls und Ministerpräsidenten Józef Oleksy (SLD) in einem Privatgespräch mit dem Geschäftsmann Aleksander Gudzowaty über führende Politiker der Linken und die Rechtmäßigkeit ihrer Vermögensverhältnisse ein Angriff auf die SLD und auf das Bündnis Linke und Demokraten (Lewicy i Demokraci – LiD). Nach scharfer Kritik der Betroffenen und Ankündigung rechtlicher Schritte gegen Oleksy entschuldigt sich dieser für seine Äußerungen. Er habe nur gehörte Gerüchte wiedergegeben.
23.03.2007	Józef Oleksy, Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), ehemaliger Sejmmarschall und Ministerpräsident, kündigt seinen Austritt aus der SLD an.
23.03.2007	Der stellv. Direktor der Abteilung für Europäische und Eurasische Angelegenheiten des US-Außenministeriums, Mark Pekala, sagt in Wien, Washington strebe einen Vertragsabschluss über die Errichtung eines Raketenabwehrschildes in Polen und Tschechien bis Ende des Jahres an.
25.03.2007	Die „Berliner Erklärung“ wird auf dem EU-Gipfel in Berlin unterzeichnet. Nach Einschätzung von Staatspräsident Lech Kaczyński wird das neue Grundlagendokument der Europäischen Union nicht 2009 in Kraft treten, sondern realistischerweise 2011, d.h. nach der polnischen Präsidentschaft. Polen liege v.a. am Abstimmungsmodus und an einer genauen Festlegung dessen, was in den Kompetenzbereich der Einzelstaaten bzw. der EU fällt. Wesentlich sei die Souveränität der Einzelstaaten im Rahmen der EU, obgleich Polen die Einstellung teile, dass Europa in vielen Angelegenheiten gemeinsam auftreten müsse.
25.03.2007	Józef Oleksy, Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), ehemaliger Sejmmarschall und Ministerpräsident, wird seiner Mitgliedsrechte in der SLD entzogen. Der Parteivorstand leitet einen Antrag auf Ausschluss aus der Partei an das Parteigericht.
26.03.2007	Nach seiner Ankündigung, in die Politik zurückzukehren, teilt der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski mit, er wolle das Bündnis Linke und Demokraten (Lewicy i Demokraci – LiD) unterstützen.
27.03.2007	Der Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, Mariusz Błaszczak, wird von Staatspräsident Lech Kaczyński zum Minister mit Kabinettsrang ernannt. Błaszczak wird die Umsetzung der Ergebnisse der Ressortevaluation, die Mitte Februar vorgestellt worden waren, überwachen.
28.03.2007	Die oppositionelle Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) reicht beim Verfassungsgericht einen Antrag auf Überprüfung des Lustrationsgesetzes ein, das nach Meinung der SLD in 42 Punkten im Konflikt mit der Verfassung steht.
28.03.2007	Der Sejm debattiert über den Entwurf einer Verfassungsänderung zum Schutz des Lebens vom Zeitpunkt der Empfängnis, der von einem außerordentlichen Sejmausschuss erarbeitet wurde.
28.03.2007	Der Regierungsbeauftragte für den EU-Verfassungsvertrag, Marek Cichocki, gibt bekannt, dass ein Vorschlag für den Abstimmungsmodus im Europarat vorbereitet werde, der einen Kompromiss zwischen dem Vertrag von Nizza und dem derzeitigen Projekt des Verfassungsvertrags darstelle. Er besteht darin, dass die Stimmenanzahl eines jeden Landes proportional zur Quadratwurzel der Einwohneranzahl errechnet werden soll. Dieses Verfahren soll den EU-Staaten mittlerer Größe, wie z.B. Polen, ein größeres Stimmengewicht verleihen als das im Verfassungsvertrag vorgesehene Prinzip der doppelten Mehrheit.
29.03.2007	Die Koalitionspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) bereitet einen Gesetzentwurf vor, der vorsieht, Symbole und Namen des kommunistischen Systems aus dem öffentlichen Leben zu entfernen. Dazu gehört auch die Ungültigkeitserklärung für Orden und Ehrentitel, die von den kommunistischen Machthabern zwischen 1944 und 1989 verliehen wurden.
29.03.2007	Der Sejm lehnt den Antrag auf ein Misstrauensvotum der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) gegen die Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik, Anna Kalata (Selbstverteidigung – Samoobrona) ab.
31.03.2007	Auf seiner Reise nach Kasachstan und Aserbeidschan lädt Staatspräsident Lech Kaczyński die Staatspräsidenten beider Länder zum Energiegipfel im Mai nach Warschau ein. Für eine energiepolitische Zusammenarbeit zwischen Polen und Kasachstan in Form kasachischer Öllieferungen für die Pipeline Odessa-Brody-Danzig hatte der kasachische Staatspräsident Nursultan Nazarbajew die Beteiligung Russlands zur Bedingung gemacht.
01.04.2007	Der neue Warschauer Erzbischof Kazimierz Nycz wird in sein Amt eingeführt. Innerhalb der katholischen Kirche wird er dem moderaten, Flügel zugerechnet.
02.04.2007	Der Rektor der Universität Danzig, Prof. Andrzej Ceynowa, teilt bei einem Treffen mit Journalisten mit, er habe nicht mit dem kommunistischen Geheimdienst zusammengearbeitet. Er kündigte rechtliche Schritte gegen den Chefredakteur und Herausgeber der Wochenzeitschrift „Wprost“ an, der dies über ihn und den Dekan der Philologisch-Historischen Fakultät berichtet hatte.
02.04.2007	Die Europäische Kommission nimmt von ihrem Vorhaben Abstand, an den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg einen Antrag auf Einstellung der Bauarbeiten für die Umgehungsstraße um Augustów (Nordostpolen) weiterzuleiten. Begründet wird dies damit, dass Polen selbst einen Baustopp aufgrund der Brutzeit veranlasst habe. Die Umgehungsstraße soll durch das Naturschutzgebiet Rospuda-Tal führen.

An dieser Ausgabe hat Hanna Haag, Studentin der Universität Hamburg, mitgearbeitet.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München für ihre Unterstützung und der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und Identitätsbildung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit etwa 10.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de